



Kanton Zürich  
Direktion der Justiz und des Innern  
Generalsekretariat

Regierungsrätin Jacqueline Fehr

# Bilanz der Legislatur 2015 bis 2019

«Ein lebenswertes Zuhause für alle – in einem  
Kanton, der vorwärts macht.»



## Integration & Religion

Die Direktion der Justiz und des Innern ist für Themen verantwortlich, die für viel Gesprächsstoff sorgen. Mit konkreten Projekten schafft die Direktion messbare Fortschritte für die Bevölkerung im Kanton Zürich und leistet einen sachlichen Beitrag in der öffentlichen Diskussion.

Das haben wir erreicht:

- Die neue Einbürgerungsverordnung ist in Kraft. Im ganzen Kanton müssen für die Einbürgerung neu die gleichen Voraussetzungen erfüllt sein.
- Das kantonale Integrationsprogramm (KIP 2 2018-2021) ist erfolgreich ange laufen. Dank dem KIP 1 (2014-2017) ist die Integrationsförderung in den Gemein den verankert und Integrationsbeauftragte sind etabliert.
- Die Berichterstattung der anerkannten Religionsgemeinschaften und eine dazugehörige Studie belegen, dass die Religionsgemeinschaften wesentliche Lei stungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung erbringen. Gestützt darauf bewil ligen Regierungsrat und Kantonsrat einen Rahmenkredit zur Unterstützung dieser Leistungen für die Jahre 2020 bis 2025 in der Höhe von 300 Millionen Franken.
- Die vom Regierungsrat verabschiedete Orientierung mit sieben Leitsätzen zum Verhältnis zwischen "Staat und Religion" eröffnet eine breite öffentliche Diskus sion und schafft zugleich einen Rahmen für den Umgang mit verfassungsrechtlich nicht-erkannten Religionsgemeinschaften.
- Mit dem Projekt muslimische Seelsorge schafft die Direktion erstmals eine konkrete Möglichkeit zur Zusammenarbeit zwischen Staat und einer muslimischen Gemeinschaft.
- Im Justizvollzug wird ein vollamtlicher Imam angestellt, um das Recht auf Reli gionsfreiheit zu gewährleisten.



## Durchsetzung des Rechts

Im Kampf gegen das Verbrechen: Zu den Aufgaben der Direktion der Justiz und des Innern gehören Strafuntersuchungen, Anklage und der Vollzug von Strafen und Massnahmen. Die acht Staatsanwaltschaften im Kanton Zürich führen Strafverfahren gegen erwachsene Personen, die Jugendanwaltschaften sind für die Strafverfolgung von minderjährigen Täterinnen und Tätern zuständig. Das Amt für Justizvollzug vollzieht gerichtlich angeordnete Strafen und Massnahmen und führt mit dem Psychiatrisch-Psychologischen Dienst deliktorientierte Therapien durch – und trägt damit zur Verminderung von Rückfällen bei.

Das haben wir erreicht:

- Die Deutschschweizer Kantone übernehmen das vom Kanton Zürich entwickelte und erprobte Modell des "Risikoorientierten Sanktionenvollzugs" (ROS).
- Regierungs- und Kantonsrat bewilligen Umbau und Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel.
- Die Staatsanwaltschaft Zürich entwickelt mit dem Joint-Investigation-Team neue Wege zur Bekämpfung des Einzeltrickbetrugs.
- Mit dem erheblichen Ausbau der personellen Ressourcen im Cyber-Bereich konnte die Befähigung zur wirksamen Bekämpfung von Cybercrime im zentralen Kompetenzzentrum verstärkt und zudem neu auf die regionalen Staatsanwaltschaften ausgedehnt werden.
- Das Amt für Justizvollzug entwickelt "Octagon", ein Instrument zur Beurteilung der Ausführungsgefahr von angedrohter Gewalt. Octagon geht breit in Einsatz.
- Einsatz gegen die mittelschwere Wirtschaftskriminalität (Para-WK): Der Regierungsrat bewilligt 10 zusätzliche Stellen für den Kampf für einen sauberen Wirtschaftsstandort Zürich.

## Querschnittsthema Digitalisierung

- Das Amt für Justizvollzug entwickelt das Risiko-Management-Tool "Octagon", das den Umgang mit potenziell gewalttätigen Personen strukturiert.



## Unterstützung von besonders schutzbedürftigen Personen

Betroffene von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen, delinquierende Jugendliche, psychisch auffällige Strafgefangene, Opfer von Menschenhandel: Die Direktion der Justiz und des Innern befasst sich mit verschiedensten schutzbedürftigen Personengruppen. Fortschritte auf diesem Feld sind darum bedeutsam, weil sie sich direkt auf das Wohlbefinden dieser besonders verletzlichen Personengruppen auswirken.

Das haben wir erreicht:

- Betroffene von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen (Verdingkinder, Heimkinder, administrativ Versorgte, Zwangssterilisierte etc.) bekommen Hilfe. Das Staatsarchiv und die von der der Direktion finanzierte und beaufsichtigte Stelle "Opferberatung Zürich" unterstützen die Aufarbeitung von Fällen und leisten Entschädigungszahlungen. Die Direktion untersucht staatliches Handeln mit der wissenschaftlichen Publikation "Menschen korrigieren. Fürsorgerische Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen im Kanton Zürich bis 1981" (2018).
- Der Kanton Zürich stösst das 2-Phasenmodell in der Untersuchungshaft an, das zu einer Verbesserung der Situation von Menschen in U-Haft führen wird. Zudem schafft er eine Abteilung für Krisenintervention im Gefängnis Limmattal (Eröffnung im März 2019) für die Betreuung von psychisch auffälligen Strafgefangenen.
- Die kantonale Opferhilfestelle erreicht eine Vereinbarung betreffend die Zuständigkeiten für die Beratung und Betreuung von Opfern von Menschenhandel. Diese Vereinbarung bringt den Kampf gegen Menschenhandel bedeutend vorwärts.
- Die Opferberatung im Kanton Zürich wird durch den Zusammenschluss mehrerer kleiner Beratungsstellen zu "kokon" mit Blick auf die Qualität und die Erreichbarkeit gestärkt.
- Das neue Gesetz über Jugendschutz bei öffentlichen Filmvorführungen und Trägermedien stärkt den digitalen Jugendschutz.
- Die Jugendanwaltschaften analysieren Daten zu Jugendkriminalität und stellen daraus Rohstoffe für Medienbeiträge her.
- Die Direktion als Aufsichtsorgan über die KESB arbeitet den "Fall Flaach" auf und trägt zu einer Versachlichung der Diskussion um die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden bei. Lehren werden gezogen und der Kinderschutz wird gestärkt.
- Die Kampagne der kantonalen Opferhilfestelle zukrass.ch macht Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ihre Rechte als Opfer bekannter

## Querschnittsthema Digitalisierung

- Einführung von Electronic Monitoring auf den 1.1.2018



## Gleichstellung & Chancengleichheit

Obwohl die Gleichstellung der Geschlechter seit 1981 in der Bundesverfassung verankert ist, sind Frauen und Männer in der gesellschaftlichen Realität noch immer nicht gleichgestellt. Weitere Fortschritte auf diesem Feld tun darum Not. Die Direktion der Justiz und des Innern mit ihrer Fachstelle Gleichstellung setzt sich schwerpunktmässig ein für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben – für Frauen und Männer.

Das haben wir erreicht:

- Die Direktion führt die erste Lohnstudie (Langfristbetrachtung) in der Verwaltung durch.
- Die Direktion besetzt drei von 11 Top-Kaderstellen (Amts- oder Fachstellenleitung) neu mit Frauen.
- Die Direktionsvorsteherin hält diverse gut beachtete Referate zugunsten der LGBT-Community.
- Die Fachstelle für Gleichstellung führt auf einer Informationstour mit dem "Lohnmobil" in diversen Städten eine Sensibilisierung zu den Themen Lohngleichheit mit Blick auf die Berufs- und Studienwahl durch.
- Die Fachstelle für Gleichstellung entwickelt ein Schulungsmedium ("JobMatcher") und führt zahlreiche Schulworkshops zum Thema Chancenvielfalt durch.
- Die Direktion vergibt den sogenannten "Prix Balance" an Arbeitgebende, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familienarbeit innovativ und arbeitnehmerfreundlich gestalten.
- Die Fachstelle für Gleichstellung bringt die Konferenz "Diversity&Inclusion" von Barcelona nach Zürich.

## Gemeinden

Die direktesten Kontakte mit dem "Staat" haben die Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons Zürich mit ihren Wohngemeinden: Die Gemeinden sind das Herzstück unserer Demokratie. Die Zürcher Gemeinden müssen darum stark und funktionsfähig bleiben. Kanton und Gemeinden müssen konstruktiv und auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Das Gemeindeamt der Direktion der Justiz und des Innern spielt dabei eine zentrale Rolle: Es ist die Nahtstelle zwischen Gemeinden und Kanton.

Das haben wir erreicht:

- Am 1. Januar 2018 tritt das neue Gemeindegesetz in Kraft. Zur Einführung sorgt das Gemeindeamt zusammen mit Gemeindeverwaltungsfachleuten und Rechtswissenschaftlern für ein breites Schulungs- und Informationsangebot.
- Auf der Plattform "Gemeinden 2030" stellt sich Direktionsvorsteherin Jacqueline Fehr zusammen mit den Gemeinden den Herausforderungen der kommenden Jahre. Am Gemeindeforum 2018 bestimmen über 300 Teilnehmende aus allen Gemeinden die Schwerpunkte der künftigen Entwicklungsarbeit.
- Die zunehmend ungleiche Belastung durch Sozialausgaben belastet das Verhältnis zwischen den Gemeinden. Mit der Idee des unmittelbaren Ausgleichs sozialer Lasten in den jeweiligen Spezialgesetzen und nicht erst nachträglich über den Finanzausgleich eröffnet die Vorsteherin der JI am Gemeindeforum 2016 und im Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2017 den Weg zu Lösungsvarianten für einen politischen Kompromiss. Die Direktionsvorsteherin fördert den Austausch zwischen den Gemeindeverantwortlichen und dem Kanton mit Feiern zum Legislaturstart und setzt ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber dem Engagement der Gemeindebehörden.
- Mit der Integrierten Informationsverwaltung unterstützt das Staatsarchiv Zürcher Gemeinden bei der nachhaltigen Bewirtschaftung von Informationen.
- Zusammen mit dem Verband der Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute und der KV-Business-School etabliert das Gemeindeamt die Gemeindefachschule. Ziel ist es, Gemeindefachpersonal weiter zu qualifizieren.

## Querschnittsthema Digitalisierung

- Die Staatskanzlei, das Gemeindeamt und Gemeinden entwickeln gemeinsam den sogenannten eUmzug. Damit können Zürcherinnen und Zürchern seit 2016 Umzugsmeldungen vollständig online und ohne Besuch einer Amtsstelle abwickeln. Seither flächendeckende Einführung im Kanton Zürich. 2018 übergibt der Kanton eUmzug an eine interkantonale Trägerschaft, die das Angebot landesweit ausrollt.
- 2016 tritt das Gesetz über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) in Kraft. 2018 nimmt die elektronische kantonale Einwohnerplattform den Betrieb auf. Öffentliche Organe können damit Personendaten zentral abrufen.
- Im Rahmen des Projekts DigDataZH beschafft das Staatsarchiv eine Infrastruktur für die langfristige Aufbewahrung von digitalen Daten. Das mandantenfähige System kann auch von den Gemeinden genutzt werden, zudem werden sie vom Staatsarchiv inhaltlich unterstützt.

## Kulturförderung

Eine starke kulturelle Ausstrahlung ist Teil der Attraktivität und Identität des Grossraums Zürich. Die Förderung der Kultur ist darum eine vordringliche Aufgabe des Kantons. Die Fachstelle Kultur der Direktion der Justiz und des Innern fördert das geistige und kulturelle Leben im Kanton: in den Städten und auf dem Land.

Das haben wir erreicht:

- Regierungs- und Kantonsrat bewilligen die Sanierung und Erweiterung des Opernhaus-Lagergebäudes Kögellilo.
- Im Leitbild Kulturförderung 2015 definiert der Regierungsrat vier kulturpolitische Schwerpunkte. Unter dem Titel Strahlkraft wurde der Beitrag an die Filmstiftung um 3 Mio. auf neu 4,65 Mio. Fr. erhöht.
- Im Zusammenhang mit dem Museumskonzept Winterthur wurde der Beitrag an den Kunstverein Winterthur mehr als verdoppelt auf neu 1,2 Mio. Franken.
- Beim Schwerpunkt regionale Kulturförderung konnte die Regionale Förderstruktur "Zürioblerland Kultur" gestartet werden. Die Zahl der unterstützten kommunalen Kulturprogramme hat sich seit 2015 annähernd verdoppelt; aktuell werden über 70 Gemeinden unterstützt.
- Unter dem Schwerpunkt-Thema kulturelle Teilhabe führte die Fachstelle Kultur im Frühjahr 2017 eine Tagung für sämtliche kantonale Kulturinstitutionen durch und sie verleiht jährliche Anerkennungsbeiträge.
- Mit dem Ziel der Sicherung der Kulturfinanzierung ab dem Jahr 2022 beauftragt Direktionsvorsteherin Jacqueline Fehr die Universität St. Gallen, Vorschläge zu machen für eine "Finanzierung der Kulturförderung des Kantons Zürich". Die Studienresultate fliessen in die laufende Gesetzesarbeit ein.

## Querschnittsthema Digitalisierung

- 2015 hat die Fachstelle Kultur die digitale Gesuchseingabe eingeführt. Dieser vereinfachte und direktere Zugang zu den Dienstleistungen der Fachstelle schlug sich in einem deutlichen Wachstum der eingereichten Gesuche nieder. Während sich die Zahl der eingereichten Gesuche im 2015 auf knapp 900 Gesuche belief, so stiegen die Eingaben bis ins Jahr 2017 auf 1461.



## Transparente und effiziente Institutionen

Die Sicherung unseres Rechtsstaates und damit unserer Demokratie ist vordringlicher denn je. Rechtssicherheit, Rechtsfrieden, das korrekte Funktionieren der demokratischen Institutionen – all dies ist nicht in Stein gemeisselt, wie ein Blick über die Grenzen unseres Landes zeigt. Die Direktion der Justiz und des Innern engagiert sich in vielen Bereichen für die Sicherung von transparenten und effizienten Abläufen in den Institutionen unseres Rechtsstaates.

Das haben wir erreicht:

- Unter JI-Leitung passt der Kanton Zürich das Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) an die europäische Datenschutzreform an.
- Das Online-Staatsarchiv wird Schritt um Schritt Wirklichkeit. Zentrale Aktenserien und wichtige Quellen des Kantons Zürich und seiner Rechtsvorgänger wie die Kantonsratsprotokolle, die Regierungsratsbeschlüsse und die Gesetze seit 1803 sind neu online abrufbar. Dazu kommen zentrale Quellen aus vielen Jahrhunderten (Urkunden, Mandate, Pläne etc.).
- Regierungs- und Kantonsrat bewilligen die Erweiterung des Staatsarchivs um einen dritten Bau. Das Staatsarchiv kann damit sicherstellen, dass individuell Betroffene, Forschende und die Öffentlichkeit sich auf zeitgemässe Dienstleistungen des kantonalen Archivs stützen können.
- Das Handelsregisteramt prüft die gesetzlich vorgeschriebene Eintragung von Firmen im Kanton Zürich und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Rechtssicherheit und zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Es entwickelte in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Massnahmen zur Prävention und Verhinderung von Mantelhandel und stärkt damit den Wirtschaftsstandort Zürich.
- Das Statistische Amt geht mit der Organisation von Hackdays im Rahmen der Schweizer Statistiktage neue Wege in der Vermittlung von Statistik und Daten. Es schafft im GIS-Browser unter anderem Entscheidungshilfen für die Arbeitszonenbewirtschaftung, die Standortförderung und die Raum- und Verkehrsplanung.

## Querschnittsthema Digitalisierung

- Das Handelsregisteramt digitalisiert seine eigene Arbeit und den Geschäftsverkehr mit Bürgern und der Wirtschaft praktisch vollständig.
- Im Statistischen Amt nimmt die Fach- und Koordinationsstelle OGD ihren Betrieb auf. Sie koordiniert und unterstützt die Amtsstellen bei der Publikation geeigneter Daten als Open Government Data (OGD) auf der Plattform opendata.swiss. Zürich ist in diesem Bereich einer der führenden Kantone.
- Einführung Schnittstelle Polis/Juris bei Statthalterämtern: Die Statthalterämter führen eine Schnittstelle zwischen den Systemen Polis und Juris ein und können damit Rapporte und Beilagen von der Kantonspolizei elektronisch übernehmen.
- VoteInfo: Gestützt auf die Zürcher App "Züri stimmt app" entwickelt die Bundeskanzlei VoteInfo. Alle Abstimmungsinformationen aus der Schweiz aus einer Hand.



## Arbeitsbedingungen/Ausbildung/Jugendförderung

Die Direktion der Justiz und des Innern hat als Arbeitgeberin verschiedene Verbesserungen zugunsten ihrer Mitarbeitenden verwirklicht. Bedeutende Ämter wie die Staatsanwaltschaften und die Jugendanwaltschaften haben Strategieprozesse durchlaufen und sich neu aufgestellt. Ausserdem hat die Direktion die Bildung eines Jugendparlaments unterstützt und vorangetrieben.

Das haben wir erreicht:

- Die Direktionsvorsteherin etabliert in der Direktion JI die neuen Führungsgrundsätze "zutrauen, loslassen, experimentieren".
- Die Direktion fördert generell Teilzeitarbeit und das Arbeiten zuhause. Sie nutzt damit die neuen Möglichkeiten, die die Digitalisierung mit Blick auf die Gestaltung der Arbeitszeit bringt.
- Die Direktionsvorsteherin begrüsst alle neuen Mitarbeitenden der Direktion an sogenannten Willkommensanlässen.
- Die Direktionsvorsteherin führt eine Sprechstunde ein, die allen Mitarbeitenden der Direktion direkt offensteht.
- Die Direktion fördert die Weiterbildung auf allen Stufen aktiv und grosszügig.
- Die Direktion führt ein systematisches Anwesenheitsmanagement und regelmässige Gesundheitsgespräche ein.
- Das Amt für Justizvollzug führt nach einer Lohnpetition des Personalverbands VPOD eine Lohnüberprüfung im Bereich der Aufseherinnen und Aufseher durch.
- Die Direktion begleitet die vom Kantonsrat beschlossene Bildung eines Jugendparlaments und fördert die Partizipation.

## Querschnittsthema Digitalisierung

- Das Generalsekretariat macht mit der Einführung eines neuen Geschäftsverwaltungssystems (Axioma JI) einen Schritt in Richtung durchgängiges, papierloses und übergreifendes Arbeiten. Nach und nach folgen weitere Bereiche der Direktion JI.
- Die Direktionsvorsteherin Jacqueline Fehr lässt das innerhalb der Direktion entwickelte Software-Projekt RIS überprüfen und entscheidet schliesslich gegen eine Fortsetzung. Die Direktion setzt stattdessen auf Standardprodukte.
- Die Direktion digitalisiert ihre Personaldossiers vollständig.
- Die Direktion führt in den zentralen Bereichen die Software SAP ein.
- Robotics: Zahlreiche direktionsinterne Verbesserungen, die die Effizienz der Verwaltung durch den Einsatz von digitalen Assistenten steigern lassen.